

Lüge Nr. 57

„Nach der Machtergreifung war es zu spät. Der totale Überwachungsstaat machte jeden Protest unmöglich.“

Auch in diesem Fall lohnt es sich, auf den logischen Zusammenhang dieser Lüge zu achten. Während auf anderer Ebene große Anstrengungen unternommen werden, um den nationalsozialistischen Terror zu relativieren, wird hier, ungeachtet der Widersprüchlichkeit, der angeblich allgegenwärtige Terror als Entschuldigung genutzt.

Es bleibt zu bemerken, dass der Terror der Gestapo gegen die als arisch anerkannte Bevölkerung weit überschätzt wird. Verglichen mit den ehemaligen Organisationen der Politischen Polizei des Ostblocks ist zu erkennen, dass die Gestapo oder der SD niemals diese Dichte an Personal und Überwachung erreicht hat. Die Zentrale im Rheinland war gerade mit 120 Verwaltungsbeamten besetzt, eine Anzahl die z.B. gegen die Organisationsdichte der Staatssicherheit in der DDR eine verschwindende Größe ausmacht.¹

Natürlich war eine öffentliche Revolte gegen die Nazis für einzelne kaum möglich, Organisationen gab es keine mehr. Dennoch wurden einige Möglichkeiten des allgemeinen Protestes genutzt, z.B. in der alltäglichen Hilfe für Juden, etwa mit Essensmarken, durch heimliche Besuche o.a. Es war durchaus bis zur endgültigen Schließung der jüdischen Geschäfte möglich, dort noch einzukaufen. Der Terror nach innen wurde allerdings um so größer, je mehr Niederlagen im Krieg eingesteckt wurden.

Die größten und damit traurigsten „Leistungen“ an organisierter Verfolgung und Terror haben die Nazis nicht gegenüber der „arischen“ Bevölkerung, sondern gegenüber Juden und den Völkern besetzter Länder vollbracht.

Was die Behauptung der Unmöglichkeit des Protestes betrifft, so wird bewusst oder unbewusst ausgeblendet, dass eines der nationalsozialistischen Verbrechen durch den Protest breiter Schichten zumindest offiziell beendet wurde: die Euthanasie. Der Protest ging sogar soweit, dass einzelne Bischöfe Mordanzeige erstatteten.

¹ Vgl. Frei, Norbert: Keine Angst vor der Gestapo? Zur Debatte über die politische Polizei im Nationalsozialismus, in: Frankfurter Rundschau vom 6.2.1996.

Bleibe noch die Frage zu klären, ob denn überhaupt ein Protest da war, der zu unterdrücken gewesen wäre. Nach allen Quellen, die heute vorliegen, scheinen Proteste die allerseltenste Ausnahme gewesen zu sein. Wenn, dann bezogen sie sich auf die Sorgen des Alltags, der Versorgung, der Vorteilsnahme von örtlichen NS-Funktionären etc. Was die Menschen an der Judenverfolgung irritierte, waren der unberechenbare Straßenterror der SA und „unnötige“ Grausamkeiten. Deswegen wurden die Nürnberger Rassegesetze auch fast einhellig begrüßt, weil nun eine „legale Basis“ für das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden vorhanden war. Im großen und ganzen war man sich mit den Nazis einig, dass die Juden aus dem öffentlichen Leben Deutschlands zu verschwinden hätten. Und wenn sie nicht auswanderten, wurden sie eben umgesiedelt. An aktiven Maßnahmen gegen die Juden beteiligte man sich jedoch eher nicht. Der Historiker Hans Mommsen schätzt, dass etwa ein Fünftel der Bevölkerung „extreme Antisemiten“ waren. Und David Bankier schreibt:

„Die Mehrzahl reagierte nicht in Opposition zum eigentlichen Antisemitismus, sondern zum Terror. [...] Die Politik der Deportationen und der Massenmorde konnte vonstatten gehen, weil die Öffentlichkeit kein Empfinden mit dem Schicksal der Juden zeigte. Ja, es ist wahr: Während der Kriegszeit blieben die, welche eine andere Meinung vertraten, wegen der Angst vor dem Staatsterror rein passiv [...] Aber es ist ebenso wahr, daß bei den meisten Deutschen, wegen ihrer ‚traditionell‘ antisemitischen Haltung, aus der heraus sie die Judenverfolgung nicht prinzipiell ablehnten, die Widerstandskraft gegen die Maschinerie des Völkermords sehr gering gewesen ist.“²

Der „Widerstand“ drückte sich allein darin aus, dass sich die Menschen Nischen suchten, in denen sie sich des Völkermords möglichst wenig bewusst zu werden brauchten, in denen sie möglichst wenig wissen wollten, um Schuldgefühlen und Verantwortlichkeit aus dem Weg zu gehen. Nazis und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung verband von Anfang an die Anerkennung, dass es ein Judenproblem gab, das es zu lösen galt. Das allein hat schon den Weg zum Holocaust geöffnet.

Es wird sicher nie eine befriedigende Antwort auf die Frage geben, was geschehen wäre, wenn die deutsche Bevölkerung und die deutschen Kirchen dem Abtransport der Juden einen mutigen Protest entgegengestellt hätten. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, dass die Debatte darüber nicht geführt wird.

² David Bankier: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichterstattung, Berlin 1995, S.213.